

vierteljährlich 8 Mark 70 Pf. einschließlich aller Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 15 Pf. Besondere Beilagen, mit Ausnahme der Sommerhefte, sind für den Abnehmer frei. Der Abnehmer behält sein Anrecht auf Befreiung.

gegründet 1877.



Die inhaltliche Seite über deren Nummer 50 Pf. Die Zeitungsseite über deren Nummer 1.50 Pf. Rückwärtsrechnen. Aufträge Nr. 2. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Bei gerichtl. Eintreibung u. Konkursen 10% Rabatt. Umfängl.

Verlagspreis 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 114 | Druck und Verlag in Altensteig. | Dienstag, den 18. Mai | Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. | 1920.

Zur Lage.

Man hat in San Remo Hoffnungen auf die Konferenz in Spa erweckt und Lloyd George schien sie in seiner bekannten Unterhansrede nähren zu wollen. Es ist eine windige Sache. Die französischen und englischen Blätter höhnten alsbald, die Deutschen sollen sich doch ja keine Hoffnungen machen, es bleibe alles beim alten. Das wird wohl stimmen. Es scheint überhaupt fraglich geworden zu sein, ob die Konferenz in Spa zustande kommen wird. Für die deutsche Regierung war der angelegte Zeitpunkt, der 25. Mai, wegen der am 6. Juni folgenden Reichstagswahlen nicht günstig, aber das hätte dem Obersten Rat wahrscheinlich weiter nicht gemiebt. Nun hat aber die Reichsregierung im Einverständnis mit den Ministerpräsidenten der Bundesstaaten beschlossen, an der Konferenz in Spa sowie an den wirtschaftlichen Besprechungen in Paris am 16. Mai nicht teilzunehmen, solange noch französische Truppen im Rheingebiet sind, denn zu der Befreiung liegt jetzt auch nicht der Schein einer Berechtigung mehr vor. Das ist doch auch einmal wieder eine Tat und die Regierung darf der lebhaften Zustimmung im ganzen Reich gewiss sein, wenn sie auf ihrem Beschluß beharrt. Die „Proteste“ imponieren trotz ihrer Zahllosigkeit den Feinden gar nicht, einen festen Willen werden sie mehr respektieren, und wenn er ihnen noch so zuwider wäre. Es kann uns ja schließlich ganz gleichgültig sein, ob die deutschen Vertreter nach Spa eingeladen werden oder nicht, auf den Gang und das Ergebnis der Verhandlungen würden sie doch keinen Einfluß haben und Herr Millerand gibt sich alle Mühe, den Deutschen in Spa die entwürdigende Rolle der Angeklagten, die sich verantworten sollen, aufzuzwingen. Es hat ja schon die ganze Ueberredungskunst Lloyd Georges und Mittis bedurft, um Millerand nur dazu zu bewegen, daß die Deutschen überhaupt nach Spa gerufen werden sollen. Neuen Demütigungen, wie man sie bei den Friedensverhandlungen in Versailles erfahren mußte, will die deutsche Regierung sich nicht wieder aussetzen, deshalb haben verschiedene Reichsminister schon erklärt: Wir werden als gleichberechtigte nach Spa kommen, oder gar nicht. Davon wird nun aber schwerlich die Rede sein können, zumal die Beratung der Deutschen für die Verbündeten doch nur eine Formsache sein kann, nachdem in San Remo die Türkei an England und Deutschland an Frankreich „verschachtet“ worden ist, wie ein amerikanisches Blatt schrieb. Was auf der Konferenz etwa zu beschließen wäre, steht wohl bereits fest: „es bleibt beim alten.“

Eine Täuschung der Welt oder wenigstens den Versuch dazu hat ein großes amerikanisches Blatt „New York American“ die Verhandlungen des Obersten Rates genannt und daran Betrachtungen über den nächsten Weltkrieg geknüpft, die zeigen, daß man in den Vereinigten Staaten in einflussreichen politischen Kreisen schon jetzt mit der schließlichen Auseinandersetzung mit Großbritannien als einer ganz natürlichen und selbstverständlichen Sache rechnet. Und zwar verlegt man das Eintreten dieser Notwendigkeit nicht etwa erst in nebelgraue Fernen. Soeben ist der türkische Friedensvertrag veröffentlicht worden, der die Zerstückelung des osmanischen Reiches bis auf einen lächerlich kleinen Rest, der im mittleren Kleinasien dem Sultan verbleiben soll, bestätigt. Erbe ist fast ausschließlich Großbritannien, denn die „Interessengebiete“, die im Westen (Smyrna) den Griechen, im Süden (Lonia und Adana) den Italienern, im Südosten (Bilizien und ein Teil Syriens) den Franzosen vorbehalten sind, wollen, zumal sie recht unsichere Besitztümer sein würden, nicht viel bejagen, gegenüber dem Anteil, den England für sich in San Remo herausgeschlagen hat: Ägypten, Jordanien, Arabien, Palästina, einen Teil Syriens, Mesopotamien und das jagenhafte „Armenien“ bis zum Kaukasus, also einschließlich der Erdölgebiete Baku-Baku, dazu noch die ganze Bagdadbahn. Alle diese Länder sollen „selbständige Staaten“ werden, die nichts zu sagen, nur England zu gehorchen haben und sich von England ausleihen lassen sollen, wie es bei Ägypten seit 1882 der Fall ist. — Zudem hat England in der letzten Zeit das Bündnis mit Japan auf 7 Jahre erneuert.

In Amerika sagt man sich, die ungeheure Machtansammlung Englands und seine Bündnispolitik können gar keinen andern Sinn haben, als die Vorbereitung des Endkampfes um die Weltmacht, für die nach der Auslösung Deutschlands und Russlands nur noch zwei

Vererber in Frage zu kommen scheinen: die Vereinigten Staaten und Großbritannien. Daher suche Großbritannien die Vereinigten Staaten von allen Seiten einzukreisen und zu vereinfachen, wie es mit beispiellosem Erfolg Deutschland eingekreist und vereinfacht hat; daher arbeitet es dem Plan, alle Staaten des amerikanischen Erdteils politisch zu einigen, der erweiterten „Monroe-Doktrin“ mit größter Zähigkeit entgegen; darum führt zunächst das englische Kapital, Englands bewährter Pionier im Ringen um die Welt Herrschaft, seit Jahrzehnten einen zielbewussten Kampf gegen den „Pionier“ der Vereinigten Staaten auf dem Boden Mexikos, des amerikanischen Ägyptens. Der bisherige tatkräftige nationalistische Präsident von Mexiko, Carranza, dem der Amerikaner nicht minder verhaßt ist als der Engländer, ist gestürzt. Mexiko muß nun wieder durch die Bürgerkriegswirren hindurch, die in dem wegen seiner natürlichen Reichtümer ebenso begehrten wie bemitleidenswerten Land eine stehende Erscheinung geworden sind mit Unterbrechung einiger Friedensjahre unter dem Präsidenten Profririo Diaz. Es wird nun darauf ankommen, ob der Dollar oder der Sterling die größere Anziehungskraft besitzt; vielleicht steht Mexiko jetzt schon vor dem Wendepunkt seines Geschicks. Großbritannien zeigt jedenfalls Entschlossenheit. Die Abmachungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Dominion (Kolonie mit eigener Verwaltung) Kanada, sich gegenseitig durch Gesandtschaften vertreten zu lassen, ist von der englischen Regierung rasch durchgeführt worden. England wollte einerseits eine allzugroße Annäherung Kanadas an die Vereinigten Staaten, die die Ziele der englischen Politik fördern könnte, verhindern und dann der Kolonie zu Gemüte führen, daß sie kein selbständiger Staat sei und daher kein Recht habe, sich durch eigene Gesandtschaften im Ausland vertreten zu lassen. Da man aber die Abmachung doch nicht einfach rückgängig machen konnte, so verfügte die englische Regierung, daß der künftige kanadische Gesandte in Washington vom König von England ernannt und daß er in Vertretung auch des Königreichs Großbritannien zu vertreten haben wird. Der Gesandte ist also dem Namen nach ein Vertreter Kanadas, tatsächlich wird er ein Agent Großbritanniens sein, der im Grunde genommen eine der kanadischen entgegengesetzte Politik zu verfolgen hat.

Der „New York American“ befürwortet, wohl im Sinne der amerikanischen Regierung, ein Bündnis mit Rußland, das daher ehestens als Großmacht wiederherzustellen sei. England dagegen erstrebt die möglichste politische Zersplitterung des früheren Zarenreichs und unterstützt den Angriff der Polen und Ukrainer und aller übrigen Randstaaten auf Rußland, ob es bolschewistisch oder national ist. Auch mit Finnland sollen diesbezügliche Abmachungen getroffen worden sein, was allerdings halbamtlich bestritten wurde. Wie dem aber auch sei, der „New York American“ ist mit der Mehrheit der Amerikaner überzeugt, daß ein neuer Weltkrieg kommen müsse. Dann wird wieder eine Großmacht dranglauben müssen, ob die Vereinigten Staaten oder England, das ist die Frage.

Das Wahlprogramm Erzbergers.

In einer großen Versammlung in Biberach stellte sich am Sonntag Erzberger seinen dortigen Wählern vor. Er führte aus: Der Reichstag müsse wieder eine demokratische Koalitionsmehrheit bringen. Das Zentrum werde entweder wieder demokratisch sein oder es werde nicht sein. Es müsse eine möglichst weit nach links gerichtete Politik machen, denn sonst verliere es Millionen von Arbeiterstimmen. In dem neuen Deutschland müssen alle Staaten ungefähr gleiche Größe und Bedeutung haben. Das große Preußen müsse in kleine Teile als selbständige Länder zerlegt werden. Alle Sozialisierungsbestrebungen müssen fallen gelassen werden, ehe die sozialisierten Betriebe der Reichspost und der Reichseisenbahn nicht in der Lage seien, ohne Zuschüsse zu bestehen. Die hohen Steuern, die er als Finanzminister geschaffen habe, seien eine Notwendigkeit. Der Friedensvertrag von Versailles müsse geändert werden. Er selbst habe den Vertrag unterschrieben, obgleich er gewußt habe, daß die Erfüllung des Vertrags von Versailles ebenso unmöglich sei, wie die Wanderung zum Mond. Die Zwangswirtschaft müsse beibehalten werden. Die Lebensmittelpreise werden noch weiter steigen. Im Herbst würde ein A ein Dutzend Kartoffeln 45 Pf. kosten. Weitere Lohnsteigerungen seien die natürliche Folge und so würde dies weitergehen, bis die Forderungen die Grenzen dessen erreicht

erreicht hätten, was von den Unternehmern gezahlt werden könne. Unsere einzige Rettung sei Arbeit. Die neue Regierung müsse wieder eine Koalition zwischen Zentrum, Demokratie und Mehrheitsozialdemokratie sein, wozu möglicherweise die Deutsche Volkspartei treten werde. — Auf eine Anfrage antwortete Erzberger, ob er den Beamten das Streikrecht nicht zuerkennen könne: Pensionrecht der Beamten und Streikrecht ständen sich wie Feuer und Wasser gegenüber.

Einfährige Reichsschatzanweisungen.

Die Reichsbank wird demnächst dazu übergehen, dem Publikum neben den seither von ihr verkauften unterzinslichen Reichsschatzanweisungen mit kurzer Umlaufzeit — längstens 3 Monate — solche mit einer Laufzeit von etwa einem Jahr für Rechnung des Reichs anzubieten. Die neuen Stücke lauten über Beträge von 10 000, 100 000 und 1 000 000 und verfallen am 25. April und 25. Mai 1921. Die Fälligkeitstage sollen auch weiterhin möglichst auf den 25. der einzelnen Monate gelegt werden. Auf diese langfristigen Schatzanweisungen werden zurzeit an Zinsen 4 1/2 Prozent vergütet; Abschüsse unter 10 Monaten werden nicht abgegeben. Der Verkauf erfolgt durch Vermittlung familiärer Reichsbankanstalten. Auf Wunsch werden die Stücke uneingeschrieben in Verwahrung genommen. Mit dem neuen Typ kommt die Reichsbank den wiederholt am Geldmarkt hervorgetretenen Wünschen entgegen, die nach einem Anlagepapier mit längerem aber doch begrenztem Ziel verlangen, das unter Vermeidung der längstens vierteljährlich wiederkehrenden Prolongationen einen erhöhten Zinsgenuss bietet. Außerdem gewähren die Jahresanweisungen dem Publikum durch die mit der auch hier stattfindenden Vorauszahlung der Zinsen für die ganze Laufzeit verbundene Steigerung des Zinseszinsgewinnes einen erhöhten Anreiz.

Neues vom Tage.

Die Bewirtschaftung der neuen Ernte.

Berlin, 17. Mai. In der Beratung der deutschen Ernährungsminister in Berlin legte der Reichsernährungsminister Hermes den Entwurf einer Reichsgesetzordnung für 1920 vor. Darnach soll die Zwangsbezwirtschaftung von Brotgetreide für die kommende Ernte beibehalten und auf den Hafer wieder ausgedehnt werden, dagegen werden die Hüllfrüchte freigegeben. Die Zwangsbezwirtschaftung der Kartoffeln soll durch Lieferungsverträge mit den landwirtschaftlichen Organisationen ersetzt werden, wenn die Landwirtschaft auf diesem Wege bis 1. August 1920 120 Millionen Zentner zur Sicherstellung des Bedarfs der versorgungsberechtigten Bevölkerung ausbringt. Wegen die letzte Bestimmung waren einige süddeutsche Minister. Mit der vorgeschlagenen Erhöhung des Schlachtviehpreises waren alle Anwesenden einverstanden, da es notwendig sei, die Preise mit den hohen Produktionskosten in Einklang zu bringen. Die Entwürfe werden demnächst dem Reichsrat und dem volkswirtschaftlichen Ausschuss der Nationalversammlung zur Genehmigung vorgelegt.

Störung der Reichstagswahlen?

Berlin, 17. Mai. Der „Berl. Volksanz.“ meldet, die Radikalen im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland beabsichtigen, die Reichstagswahlen am 6. Juni unmöglich zu machen oder, wenn der Plan misslingen sollte, Mitte Juni einen bewaffneten Aufstand ins Werk zu setzen.

München, 17. Mai. Die Bayerische Königspartei fordert auf, bei kommenden Wahlen nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, die sich verpflichten, für eine Volksabstimmung: Monarchie oder Republik? einzutreten und die für die Wiederherstellung des früheren bundesstaatlichen Verhältnisses in Deutschland sind.

Deutsch-amerikanischer Handel.

New York, 17. Mai. Zur Stützung des amerikanischen Außenhandels ist die „Erste Bankgesellschaft“ jetzt gegründet worden. Die Bank wird Kredite zur Ausfuhr geben, besonders nach Deutschland. Der frühere Handel nach Hamburg soll mit deutschen Schiffen unter amerikanischer Flagge neu belebt werden. Verschiedene der früheren deutschen Schiffe sind bereits in Dienst gestellt.



### Der Völkerbundsrat.

Rom, 17. Mai. Der Völkerbundsrat ist am Samstag in Rom zusammengetreten. Auf die deutsche Beschwerde über die belgischen Gewaltmaßnahmen bei der Volksabstimmung in Eupen und Malmédy wurde die Antwort gegeben, der Völkerbund sei zu einem Eingreifen „nicht berechtigt“. Es könnte nur nach Ablauf eines halben Jahres nach Inkrafttreten des Vertrags die unter belgischer Leitung erfolgte Abstimmung geprüft und danach eine Entscheidung getroffen werden. Auf die Beschwerde der Bahn Röhren-Kaltenherberg habe der Völkerbund keinen Einfluss. — Der brasilianische Vertreter Cunha teilte mit, der Völkerbund wolle ein Bureau zur Bekämpfung des Mädchenhandels errichten.

### Kerzte und Krankenkassen.

Berlin, 17. Mai. Der auf gestern vom Verband der Kerzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen nach Leipzig berufene Beirat beschloß den Eintritt des vertragslosen Zustands am 25. Mai 1920, mittags 12 Uhr. Er ist damit einverstanden, daß auf etwaiges Ersuchen der Kasserverwaltungen oder der Regierung nochmals Einigungsverhandlungen mit den Kasserverbänden in einem paritätischen Ausschuss unter einem von beiden Teilen vereinbarten Vorsitzenden versucht werden. Bedingung sei, daß dort über sämtliche Streitpunkte und unter diesen zuerst über die Frage der freien Kerzengewahl verhandelt werde, daß vor Beendigung dieser Verhandlungen von der Regierung keinerlei Verordnungen erlassen oder Maßnahmen getroffen werden, die in den schwebenden Streit eingreifen, und daß von den Kassen keine Versuche zur Gewinnung von Nachbessern gemacht werden. Die für schiedsgerichtliche Behandlung der Honorarfrage vom Arbeitsministerium aufgestellten Richtsätze seien völlig unannehmbar.

### Vertragsverletzung Dänemarks.

Berlin, 17. Mai. Die dänische Regierung ordnete die Einführung der dänischen Kronenwährung in der ersten nord-schleswigschen Zone auf 20. Mai an. Die Lebenswahrungskommission der Verbündeten verbot jeden Warenverkehr zwischen der ersten und zweiten Zone vom 17. Mai an. Gegen die Kronenwährung hat die deutsche Regierung Widerspruch erhoben, da das Münzrecht deutsches Hoheitsrecht sei, solange die erste Zone Dänemark nicht zugesprochen sei. Die Kronenwährung würde die Lage der deutschen Beamten, die in Mark bezahlt werden, so erschweren, daß ihnen die Weiterführung der Geschäfte nicht zugemutet werden könnte. Die gewerblichen Vereine, Innungen, Gewerkschaften, Beamten und Arbeiter drohen mit dem Generalstreik.

### Aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 17. Mai. Nach der „Deutschen Allg. Ztg.“ verlangt in Wesbaden die französische Besatzung zu den schon besetzten 500 Wohnungen noch 400 andere. Die Stadt wird deshalb vierstöckige Wohngebäude bauen müssen, die dem Reiche 12 Millionen Mk. kosten werden.

In Straßburg sind „Studenten“ in das Universitätsgebäude eingedrungen und haben das dort aufgestellte Germania-Bild zerstört und den Kopf am Kaiser Wilhelm-Denkmal niedergelegt.

### Berrat.

Königsberg, 17. Mai. Das „Allenstein Volksblatt“ meldet, daß sechs Führer der Unabhängigen auf Veranlassung des polnischen Vergebungsbüros nach Warschau abgereist seien, um mit den Polen Abmachungen in dem Sinne zu treffen, daß sie für die Abstimmung zugunsten Polens wirken werden. Die Arbeiterschaft verurteilt die verräterische Haltung der Führer.

## Bermischtes.

### Die neuen Reichen in England.

„Während wir im letzten halben Jahr laut über den Frieden gestritten haben, ist eine stille Revolution, die Äußerer und Innerer unseres nationalen Lebens völlig verändert, unbemerkt vor sich gegangen.“ Mit diesen Worten beginnt ein Aufsatz der „Daily Mail“, in dem die Umschichtung in den Gesellschaftsklassen Englands besprochen wird. Der Grundbesitz und die großen Häuser Englands gehen aus einer Hand in die andere über. Die Klasse, die durch viele Geschlechter die Fäden des Wohlstands und der Kultur vorantreibt, ist allmählich aus ihrem Besitz gedrängt worden. Große Ländereien und prachtvolle Paläste werden versteigert und den Reissüchtenden zugeschlagen. Und mit ihnen strömen in ihre Hände die Juwelen, die Gemälde, die kostbaren Möbel und die herrlichen Bücher, die der schönste Schmuck dieser Paläste waren. Tag um Tag geht der Ausverkauf lustiger vor sich. Mit unbedachter Lustigkeit streifen die neuen Reichen die alten Schätze in ihre Taschen. Und so wenig haben fünf Jahre Krieg die Taschen zu leeren vermocht, daß diese Gläubigen immer höhere Preise zahlen, je härter die Nachfrage wird. Die Märkte von London und Paris stehen der ganzen Welt offen, und durch eine seltsame Ironie finden wir, wo wir eine Weltarmut erwarteten, die sorgfältigste Veranschlagung der wohlgefülltesten Geldbörse. Gewiß ist es traurig, unser Land von all seinen Juwelen, den wirklichen und den künstlerischen, entblößt zu sehen. Aber noch ein größeres Unglück ist der Verkauf des Landbesitzes, ausgenommen, wenn er die Zahl der kleinen Besitzer vergrößert und dadurch den besten Handel der Welt ermutigt, das Plügen des Acker. Aber nur zum kleinsten Teile sind es kleine Besitzer, die Land erwerben, sondern die großen Güter wechseln ihre Herren, und der kostbare Boden kommt in den Besitz von Menschen, die nicht wissen, daß das Land ihnen auch Pflichten auferlegt, und die aus dem Boden nur, wie

### Angeheure Entschädigungsforderung.

Paris, 17. Mai. Der „Newport Herald“ teilt mit, auf der Besprechung Lloyd Georges und Millerands in Gütche sei die Entschädigungssumme Deutschlands auf 90 Milliarden Goldmark (nach heutigem Kurs etwa 900 Milliarden Papiermark), zahlbar in 30 Jahresbeträgen, festgesetzt worden. Für die ersten zwei Zahlungen soll Deutschland Anleihen im Ausland unter Bürgschaft der Verbündeten aufnehmen dürfen. Der Friedensvertrag von Versailles und die Bestimmungen über die Entschädigung sollen in Kraft bleiben.

Davas meldet, Lloyd George und Millerand haben sich nach der Besprechung der beiderseitigen Sachverständigen auf die Summe von 120 Milliarden Goldmark geeinigt, „um Anleiheemissionen zu verbinden“. Der Anteil Frankreichs beträgt 66 Milliarden oder 55 Prozent, England sollen 25 Prozent zufallen. Die Abzahlung soll in 33 Jahreszielen erfolgen, wofür Deutschland fortschreitend Anleihen aufnehmen soll. — Zwischen den englischen und französischen Kohlenkontrollkommissionen wurde ein Abkommen getroffen, das Frankreich einen Mindestbezug von Kohlen sichert, der den in den letzten 8 Monaten erhaltenen Kohlenmengen gleichkommt. Frankreich soll 45 Prozent des für die Ausfuhr der englischen Kohlen benötigten Schiffsraums stellen.

### Engländer und Iren.

Limerick, (Irland), 17. Mai. James Dalton, der Hauptorganisator der irischen Ein Feiner, wurde hier durch mehrere Schüsse getötet, die von unbekanntem Personen abgefeuert wurden.

Nürnberg, 17. Mai. Bei seiner Wahlrede sagte Reichsminister Müller in einer hiesigen Wählerversammlung, die Sozialdemokratie werde niemals mit der Deutschen Volkspartei (Nationalliberale) zusammen eine Koalitionsregierung bilden.

Karlsruhe, 17. Mai. Der Präsident der Nationalversammlung Lehmann erklärte im „Bad. Beobachter“, er habe im Reichsausschuss der Zentrumspartei festgehalten, daß Partei und Fraktion den dringenden Wunsch haben müssen, daß Erzberger in den nächsten Jahren auf eine parlamentarische Vertretung verzichte.

Frankfurt a. M., 17. Mai. Die Räumung von Frankfurt durch die Franzosen und Belgier wurde heute morgen kurz nach 9 Uhr ohne Zwischenfall beendet. Die Geiseln sind um 9 Uhr entlassen worden.

### Die Wahlen in Danzig.

Danzig, 17. Mai. Bei den gestern vorgenommenen Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung der künftigen freien Stadt Danzig erhielten die Internationale Volkspartei 34, die sozialdemokratische 19, die Unabhängige sozialdemokratische Partei 21, die Freie wirtschaftliche Vereinigung 12, das Zentrum 17, die Deutschdemokratische Partei 10 und die Polenpartei 7 Sitze. Es fehlten noch einige ländliche Bezirke, doch dürften diese an dem Resultat kaum etwas ändern.

### Zusammenstoß zwischen Deutschen und Polen.

Marionwerder, 17. Mai. 1600 bis 1700 Polen veranstalteten hier eine Kundgebung, wozu Verstärkung aus Pommerellen herbeigekam. Dadurch war die Einwohnerlichkeit von Marionwerder erbittert und es kam wiederholt zu schweren Ausschreitungen, bei denen mehrere Personen verwundet wurden. Erst durch das Eingreifen der italienischen Besatzungstruppen konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

aus ihren Fabriken, einen möglichst grohen und leicht zu verdienenden Nutzen ziehen wollen. Die Grundbesitzer Englands, wie wir sie in früheren Zeiten gekannt haben, betrachteten ihren Besitz nicht als bloße Quelle des Nutzens. Sie fühlten sich eins mit ihren Pächtern, deren Verluste sie teilten und an deren Gewinnen sie einen mäßigen Anteil nahmen. Aber der Krieg hat seine Arbeit verrichtet, und die Klasse, die ohne Bögen ihre Jugend für die Sache des Vaterlandes opferte, sieht sich nun gezwungen, nicht nur den aufgestapelten Reichtum der Bibliotheken und Gemäldesammlungen zu veräußern, sondern auch auf den Grund und Boden zu verzichten, den sie, zum größten Teil, mit Klugheit und Anstand verwaltet hat. Alle, die nicht blind sind, müssen die Bedeutung dieser plötzlichen Veränderung erkennen. Ein Mann kann die Pflichten eines Großgrundbesizers nicht in einem Jahr oder in einer Generation lernen. Der Besitzwechsel, von dem wir täglich hören, bedeutet also nicht eine weitere Zerstörung des Reichtums oder des Landes, er bedeutet vielmehr die Ersetzung einer Klasse durch die andere. Dieser Wechsel, der in unserer Geschichte schon öfters stattgefunden hat, war stets mit höheren Preisen und schlechterer Bewirtschaftung verknüpft.

Die Weltfriedensmarke. In Dänemark kamen 1922 919 Franken durch Verkauf der Weltfriedensmarke ein. Die Summe wurde dem französischen Gesandten überreicht zur Wiederherstellung der Kathedrale von Reims.

Zum Tode verurteilte Elefanten. In der Nähe von Port Elizabeth in der Kapkolonie fristet seit Jahren eine Herde Elefanten in einem Schutzgebiet, dem unvorstelligen Wdo-Busch, ihr Dasein. Wiederholt schon haben diese letzten Exemplare einer vormals in Südafrika recht zahlreichen Tiergattung in ihrem Unabhängigkeitsdrang, der ihnen seit vorjünglichen Zeiten im Auge ist, die ihnen von einer vorjünglichen Behörde vorgeschriebene Bewegungszone überschritten. Früher hatte man, wenn wieder einmal der von den blunden Dä-

### Die Wahlen in Braunschweig.

Braunschweig, 17. Mai. Bei den gestrigen Wahlen zur Landesversammlung entfielen auf die Liste der Reichssozialisten 32 680, des Landeswahlverbandes (Vergewaltigte ohne Demokraten) 83 378, der Demokraten 21 526, der Kommunisten 2462, der Unabhängigen 81 310.

Berlin, 17. Mai. Die Protestnote der Südschleswiger gegen die dänischen Bestrebungen, die zweite Zone zu internationalisieren, ist jetzt von 37 132 Südschleswigern unterschrieben worden. — Die Dänen haben die Witsch, vier Kirchspiele Dänemark noch hinzuzufügen. Die vier Kirchspiele umfassen 17 Gemeinden, die südlich der Clausenlinie liegen. In diesen Gemeinden sind 23 014 deutsche und 557 dänische Stimmen abgegeben worden, in einer Gemeinde überhaupt keine dänischen, in einer anderen nur eine einzige dänische Stimme.

Berlin, 17. Mai. Die Telegraphenarbeiter Groß-Berlins traten heute in den Ausstand.

Frankfurt a. M., 17. Mai. Das französische Militär ist abgezogen, nur im Vorort Rödelheim befinden sich noch 400 bis 500 Mann. Gestern kam es noch zu einigen Schlägereien zwischen Zivilisten und betrunkenen Franzosen.

Die Besatzung von Darmstadt und Hanau ist zurückgezogen.

Breslau, 17. Mai. Der mit Knüppeln bewaffnete Pöbel griff farbentragende Studenten in der Schweidnitzer Straße an und verletzete mehrere Studenten.

Amsterdam, 17. Mai. Nach einer Meldung aus El Paso wurden 600 Mann der Leibwache Carranzas gefangen genommen. Carranza leistet noch harten Widerstand.

Tokio, 13. Mai. (Reuter.) Bei den Wahlen haben die Regierungsparteien 258 Sitze, die Opposition 104 erhalten. Die ländlichen Bezirke sind durchweg für die Regierung eingetreten.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 16. Mai 1920.

Bahnverbindung betr. Wie verlautet, soll in diesem Sommer der Frühzug nicht mehr 1 Stunde früher, also um 5 Uhr in Altensteig abgehen, sondern auch weiterhin um 6 Uhr. Für Altensteig und den hinteren Bezirk wäre dies sehr mißlich, denn um 5 Uhr hätte man Verbindung mit Calw, Pforzheim, Stuttgart und weiter, während man bekanntlich mit dem 6-Uhr-Zug zunächst in Nagold eine Stunde warten muß und Calw zu überhaupte keine Verbindung hat. Im Interesse der Bewohner des hinteren Bezirks, der Industrie, des Handels und des Gewerbes muß verlangt werden, daß der Frühzug diesen Sommer wieder auf 5 Uhr zurückverlegt wird, damit man die nötigen Verbindungen bekommt und den Tag nützen kann, umso mehr, als die Uebervachtungsgelegenheit in den Städten so außerordentlich schwierig geworden ist.

— Spart die Schulhefte! Das habdissche Unterrichtsministerium hat sämtliche Schulen zur Sparsamkeit im Papierverbrauch aufgefordert. Für die Schulhefte siehe nicht nur eine weitere Preissteigerung bevor, sondern die Herstellung der Hefte begegnet immer größeren Schwierigkeiten. Zum Schreiben soll die Schiefertafel und zum Rechnen das unlinierte Heft und geeignetes Papier verwendet werden.

Häuten hierbei angerichtete Wildschaden etwas über das Maß des Erträglichsten hinausging. Jagdverbotnischein zum Widsch einer gewissen Anzahl dieses „Hochwilds“ ausgegeben, und sogar in dem außerordentlichen Fall, daß sich niemand fand, der im Einzelkampf mit den wilden Ungetümern sein Leben riskieren wollte, eine kleine militärische Expedition in das Gebiet entsandt, um die zu groß gewordene Herde zu vermindern. Jetzt hat, wie wir englischen Blättern entnehmen, der Rat der Provinz die vollständige Vernichtung der ganzen Herde angeordnet und damit den Kap-Elefanten das Todesurteil gesprochen.

— Trunksuchtgesetz. Die württ. evang. Landeskirchenversammlung richtet an die Reichsregierung des Ersuchen um Schaffung eines einheitlichen Trunksuchtgesetzes.

— Freimarken für Antwortschreiben. Aus Verkreisen wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben: In früheren Zeiten war es nichts ungewöhnliches, daß die Briefe, auch im Privatverkehr, unfrankiert abgehandelt wurden. Wünschte man auf einen Brief eine Antwort, so legte man eine Freimarkte für die Antwort bei. Das hat fast ganz aufgehört, seit das Briefporto so billig wurde. — 6 Bfg. für eine Postkarte, 10 Bfg. für einen Brief. Bei dem jetzigen teuren Porto sollte aber diese Sitte wieder eingeführt werden. Oder kann man es jemand zumuten, daß er auf eine Anfrage ihm völlig unbekannter Leute zu einer Antwort auch noch die jetzt so hohen Portokosten trage? Für den Schreiber dieser Zeilen, an den solche Anfragen ihm unbekannter tagtäglich einlaufen, würde das nach überschlägiger Berechnung eine Portokauslage von 500 und mehr Mark jährlisch ausmachen. Man lehre also schleunigst zu der alten Sitte zurück für Antwort liegt bei“, wenn man überhaupt auf eine und sage der Anfrage die Bemerkung hinzu: „Freimarkte Antwort rechnen will.“

**Einschränkung der Briefbestellung.** Nach amtlicher Mitteilung wird der Briefbestellungsdienst der Reichspost in allen größeren Städten eingeschränkt, sobald vormittags noch zwei Bestellungen, nachmittags eine ausgeführt werden. Die Einschränkung ist durch die traurige Finanzlage bedingt, da die Post- und Telegraphenverwaltung trotz der enormen Gebührenerhöhung mit einem Fehlbetrag von 1 Milliarde rechnen muß.

**Der Papiergeldumlauf** hat sich in der ersten Wochende auf 62 176,2 Millionen Mark erhöht, davon 48 372,8 Mill. Reichsbanknoten und 13 803,4 Mill. Darlehenslassencheine. Der Metallbestand der Reichsbank ist um 33 Mill. (davon 9 Mill. Gold) zurückgegangen und betrug 1 094 723 Mark (davon 1 001 725 Mill. Gold).

**Vorsorge für die neue Ernte.** Die Badische Landwirtschaftskammer hat in einer Eingabe an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft um jährliche Belieferung der landwirtschaftlichen Gemeinden, der Wälder und der Drehschneckenbesitzer mit Brennstoffen und den sonst noch nötigen Betriebsmitteln, wie Benzol, Schmieröl, Treibriemen, Bindegarn usw. gebeten. Die landwirtschaftliche Bevölkerung würde keine Schuld treffen, wenn durch nicht rechtzeitige Lieferung der verlangten Betriebsstoffe im Ausbreichen und in der Reifezeit des Brotgetreides eine Verzögerung eintreten würde. Die Belieferung mit Brennstoffen müsse bis zum 1. Juli beendet sein.

**Niedrigere Häutezuschläge.** Die Reichsfleischstelle hat für die Zeit vom 17. Mai bis 30. Juni 1920 die Häutezuschläge für Rinder auf 56 (bisher 142) Mill., für Schweine 130 (284) Mill., für Schafe 118 (233) Mill., für Pferde 33 (92) Mill. weiter herabgesetzt.

**Spiritusverkaufspreise.** Die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein hat in Gemeinschaft mit dem Beirat beschlossen, die Verkaufspreise für Branntwein zu gewerblichen Zwecken auf 700 Mill. je Hektoliter, zur Essigbereitung (Molchspiritus) auf 600 Mill. je Hektoliter, den Kleinverkaufspreis für Flaschenspiritus auf 4,75 Mill. je Liter zu erhöhen. Die Erhöhung der Preise tritt am 25. 8. 1920 ein.

**Familienunterstützung und Kriegswohlfahrtspflege.** Ueber den Umfang der Familienunterstützung und Kriegswohlfahrtspflege, wie sie jetzt besteht, hat der Reichsminister des Innern eine Zusammenstellung sämtlicher Landesregierungen zugehen lassen. Familienunterstützung darf an die Familie der Reichswehrangehörigen grundsätzlich nicht mehr gezahlt werden, ebenso wenig für Angehörige der Sicherheitsformationen und des Grenzschutzes, sowie der Militärpersonen bei den Abwicklungskommandos. Bei Personen, die infolge feindlicher Maßnahmen an der Rückkehr aus dem Ausland verhindert oder vom Feind verschleppt sind, kann die Familienunterstützung bis 1. Oktober gezahlt werden, aber nicht, wenn der Betreffende zu seiner Familie hätte zurückkehren können oder in der Lage ist, diese ausreichend zu unterstützen. In besonderen Fällen ist die Zahlung bis zum 1. April 1921 zugelassen. Angehörige von Besatzungstruppen werden noch unterstützt. Für die Familien der Kriegsgefangenen sollen bestimmte Zeitpunkte festgesetzt werden, an denen die Zahlungen aufhören, ebenso für Vermisste. Hinterbliebene von Gefallenen erhalten die Familienunterstützung bis zum Eintritt der endgültigen Versorgung. Kriegswohlfahrtspflege gibt es nur noch für Eltern, mehrliebige Kinder und schuldlos geschiedene Ehefrauen von Gefallenen und Vermissten. Kriegswitwen und -waisen können Vorschüsse zu Hinterbliebenengebühren bis zur Höhe der Familienunterstützung erhalten.

**20 Milliarden Eisenbahndefizit.** Bei der Diskussion, die am 16. Mai in Stuttgart stattfand, teilte der Präsident der Eisenbahndirektion Stuttgart, Dr. Sigel, mit, der Fehlbetrag der Reichseisenbahnen werde im Jahr 1920 wohl 20 Milliarden erreichen. Für die Betriebskosten handle es sich jetzt um Verlus und Erlöse.

**Der Erwerb von Kirchen zum eigenen Gebrauch** ist heuer in Württemberg vollständig freigegeben, dagegen unterliegt der Verkauf zum Zweck des Weiterverkaufs gewissen Beschränkungen. Der Großhändler braucht zum Kauf einen Erlaubnischein des Oberamts, die Kleinhändler eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde. Das bisherige Brennverbot besteht weiter, doch kann der Ortsvorsteher in gewissen Fällen Dispensation erteilen. Der Erwerb von Kirchen auf dem Bau mit oder ohne Versteigerung ist verboten, etwa schon abgeschlossene Verträge sind ungültig.

**Zeudenkommissar.** Zur Leitung des Verkehrs bei Bekämpfung der Maul- und Rinderpest wurde der zweite tierärztliche Berichterstatter im württ. Ministerium des Innern, Regierungsrat Dr. Mayer, bestellt.

**Falsche Silbermünzen.** In neuerer Zeit sind falsche Reichsilbermünzen, besonders zu 1 Mill. und 5 Mill. angenommen worden. Die Falschstücke haben ein geringeres Gewicht, sie sind meist spröde und leicht zerbrechlich und fallen durch Farbe und Glanz auf, da die Zusammensetzung eine andere als die der echten Stücke ist.

**Kinderpende.** In Chile werden Sammlungen für wachsende Kinder in Deutschland veranstaltet. Als erste Pende sind dieser Tage 50 000 Bücher eingedreht, die für Waisenkinder in Berlin und Hamburg eingetroffen.

Gegen die Schandthaten der schwarzen Truppen im besetzten Gebiet hat die Frauenabteilung des über 160 000 Mitglieder zählenden Ev. Volksbunds für Westfalen Berg gegen einen entsetzten Protest an den Reichskanzler sowie die Gesandten der Entente und

einiger neutraler Staaten in Berlin gerichtet und im Namen der allen Kulturvölkern heiligen weiblichen Ehre gebeten, sich für die Zurückziehung dieser Truppen und die Verhinderung ähnlicher Greuel mit allem Nachdruck einzusetzen.

**Heberberg, 17. Mai.** Göttern hielt der vor nicht langer Zeit ins Leben gerufene Gesangverein sein Stiftungsfest. Ein schönes reichhaltiges, in sich abgeschlossenes Programm haben sich die jungen Säger mit ihrem unerwundlichen Dirigenten, Hrn. Hauptlehrer Halb, zu ihrer Festsitzung erwählt. Es waren lauter Volkslieder von Süder. Eine Trogödie in Neben konnte man es nennen; eines jungen Barischen Uebe, Wandern und Liebesleid. So schön wie das Programm, so gut und geübt war auch seine Ausführung. Es war Götterns mitanzuhören, wie große Fortschritte die junge Sängerschaft in so kurzer Zeit gemacht hat. Gut vorgetragene humoristische Vorträge und ein von allen Mitspielern schön gespieltes Theaterstück brachten reiche Abwechslung. Zum Schluß dankte stellv. Vorstand Seeger dem immer rührigen Dirigenten sowie für den zahlreichen Besuch und wies in geschickten Worten am neue Freunde für die eble Sangeskunst.

**Unterfestungen Oß. Herrenberg, 17. Mai.** (Vermischte Hoffnungen.) In der kalten Nacht vom 5. auf 6. Mai trat ein Teil der Göttern der Neben, besonders in den unteren Lagen. Das Nachgewitter vom Donnerstag auf Freitag, das einen kurzen aber heftigen Hagel schickte, war vollends größtentheils zerfallen, was der Frost übrig gelassen hat. In Breitenholz und in den Orten des Ammerstals sind Ritschen, Pfannkuchen, Tabak und Kartoffeln mehr oder weniger erfroren, in den höher gelegenen Orten des Oberamts hat auch das Kernobst gelitten.

**Batersbrunn, 17. Mai.** (Schultheiswahl.) Bei dem gestern stattgefundenen dritten Wahlgang wurde Ratsschreiber Berger mit 1760 Stimmen zum Ortsvorsteher der Gemeinde Batersbrunn gewählt. Auf den Gegenkandidaten Ratsschreiber Sigloch entfielen 1596 Stimmen. — Beim ersten Wahlgang wurde bekanntlich Sigloch gewählt, aber Beschwerde eingelegt, so daß ein zweiter Wahlgang nötig wurde, bei welchem Stimmgleichheit zwischen Sigloch u. Berger erzielt wurde.

**Freudenstadt, 17. Mai.** (Jungviehwirde Benzingerhof.) Die Eröffnung der Wirde findet am kommenden Samstag, den 22. Mai, nachm. 1/1 Uhr statt.

**Horb, 17. Mai.** (Verkauf.) Der Kreuzwirt Haber Reiz verkaufte sein Wirtschaftsanwesen zum Kreuz samt Oelonomiegebäude und Wirtschaftsinventar an Emil Schälffel von Rosstanz am den Preis von 105 000 Mill.

**Vom Murgtal, 17. Mai.** (Verbrechen.) Gestern morgen wurde im Wald bei Heselbach die seit letzten Dienstag vermisste 24jährige Anna Seid mit durchschnittenem Hals tot aufgefunden. Es liegt zweifellos ein Verbrechen vor.

**Stuttgart, 16. Mai.** (Schleichhandel.) Bei einer Nachtreife der Landjäger wurde auf der Straße von Heilbronn gegen die badische Grenze der Bauer Otto Charrier von Perouse, der bekannten alten Waldenser Gemeinde, angehalten. Er führte, laut Kronberger Zeitung, auf seinem Wagen ein geflachtetes Rind im Gewicht von 94 Kilo, das ins Badische gebracht werden sollte. Das Fleisch wurde beschlagnahmt, der Täter, der eine Pistole u. Patronen bei sich führte, der Staatsanwaltschaft angezogen.

**Stuttgart, 17. Mai.** (Lichtfeier.) Anlässlich des Uebergangs der württ. Staatsbahnen an das Reich veranstaltete gestern vormittag der Verkehrsbeamtenbund im Garten der Lieberhalle eine Lichtfeier für den feierzeit nur wenig anerkannten Volkswirtschaftler Friedrich List (geb. 1789 in Neutlingen, gest. 1846 in Ruffien), der schon vor beinahe 90 Jahren für ein einheitliches deutsches Eisenbahn- und Postsystem eingetreten war. Der frühere Ernährungsminister Baumann feierte List als den weitschauenden Volkswirtschaftler. Der Präsident der Eisenbahndirektion Stuttgart, Dr. Sigel, begründete die Notwendigkeit der Eisenbahnzentralisierung. Der Chor des Lieberkranzes brachte mehrere Lieder zum Vortrag.

**Stuttgart, 17. Mai.** (Die Reichstagskandidaten der Deutschen Volkspartei.) Die Vertreterversammlung der Deutschen Volkspartei (National-liberale Partei) hat für die bevorstehenden Reichstagswahlen folgende Kandidatenliste festgesetzt: 1. Vamarektor Dr. Stauff-Berlin; 2. Hofrat Vides-Stuttgart; 3. Postsekretär Christian Hartmann-Stuttgart; 4. Diplomatmann und sozialistischer Handelslehrer Jakob Hoffmann-Ilm; 5. Frau Bischoff-Hand, Fabrikdirektorin in Stuttgart; 6. Buchbindermeister August Hensler-Stuttgart; 7. Landwirt Julius Eberhard-Schorndorf; 8. Bauat Haas-Böblingen; 9. Berufsgenossenschaftsbeamter Rudolf Beder-Stuttgart.

**Hedelkingen, 17. Mai.** (Zusammenstoß.) Auf der Straße zwischen hier und Wangen wollte der Führer eines Lastautos kurz vor einem Straßenbahnwagen einbiegen. Das Auto wurde über den Haufen geworfen, der Führer schwer verletzt. Die Elektrische kam besser davon.

**Göppingen, 17. Mai.** (Alte Kirchenmalerei.) In der aus dem 15. Jahrhundert stammenden Kirche von Dattenhofen wurden wertvolle Wandmalereien aus der Zeit von 1450 bis 1460 entdeckt, eine schöne Passion Christi, die auf Anraten des Landeskonservators freigelegt und erhalten werden soll.

**Göppingen, 17. Mai.** (Erbberger.) Dem „Hohenhausen“ zufolge ist die für Samstagabend angekündigte Erbbergerversammlung im Hinblick auf das Vorkommen in Eplingen unterblieben. Die Versammlung wäre wahrscheinlich auch in Göppingen nicht ohne Störungen verlaufen.

**Horb, 17. Mai.** (Ein Protest.) Im Anschluß an den Vortrag des Präsidenten der württ. Landwirtschaftskammer, Abg. Adorno, über die allgemeine, innere und äußere politische Lage hielt der Landwirtschaftliche Bezirksverein Horb eine Mitgliederversammlung ab, die laut „Schwarzw. Volksbl.“ lebhaften Protest dagegen erhob, daß die beiden Vorstandsmitglieder des landw. Hauptverbands, Schultheiß Raunz und Präsident Adorno, nicht in den Reichstagswahlvorschlag des Zentrums aufgenommen worden sind und gegen die offensichtliche Zurücksetzung der Bauernschaft durch das Zentrum überhaupt.

**Pforzheim, 17. Mai.** (Liebesdrama.) Der 25-jährige Sohn eines Schmuckwarenfabrikanten und eine 23-jährige Angestellte in einem Kaffeehaus, die früher Krankenschwester war, wurden im Flur eines hiesigen Hauses erschossen aufgefunden. Beide sind bereitwillig aus dem Leben geschieden.

## Vermischtes.

**Unser Kater Beiß.** Die „Koblenzer Zeitung“ läßt sich aus Amsterdam melden: In Holland hat sich eine Gesellschaft gebildet, die auch in Berlin eine Filiale unterhält um in erster Linie die haushälterischen Grundstücke in und in der Nähe von Städten anzukaufen, von denen erwartet wird, daß sie bei der Aufnahme der Bautätigkeit noch im Wert steigen werden. — Wie lange will Volk und Regierung noch zusehen, wie unser letzter und wertvollster Besitz, der deutsche Boden, uns unter den Füßen weggezogen wird?

**Papier in Hülle und Fülle** scheint es für die Verleger von Schundliteratur zu geben. Denn anders wird man die vielgelesenen grünen Romane von Hedwig Courths-Mahler kaum nennen dürfen, von denen, wie die „Dresdener Volkszeitung“ mitteilt, im Oktober vorigen Jahres nicht weniger als 8 Neuerscheinungen in einer Auflage von 180 000 Exemplaren angekündigt wurden. Nicht genug damit, will derselbe Verlag das Publikum mit 4 weiteren Romanen anderer Verleger, aber von gleicher Höhenlage beglücken, für die 90 000 Exemplare vorgesehen sind. Das macht zusammen 270 000 Bücher gleich 5 400 000 Bogen Papier, deren Beschaffung keinerlei Schwierigkeiten zu bezeugen scheint. — Und daneben müssen Tageszeitungen und wertvolle Zeitschriften ihr Erscheinen einstellen und werden gute Bücher gar nicht mehr neu aufgelegt — aus Papiermangel.

**Schenkung.** Das saarländische Mitglied der Regierungskommission, Herr von Boch (Billeron und Boch), hat den größten Teil seines vom Völkerverbund auf 100 000 Franken festgesetzten Jahreseinkommens der Abteilung für Wohlfahrt der Saarregierung zur Verwendung für wohltätige Zwecke zur Verfügung gestellt.

**Zeitschriftverbot.** Die Rheinlandkommission der Verbündeten hat die Einfuhr der Zeitschrift „Klabberschiff“ in den besetzten rheinischen Gebieten auf zwei Monate verboten.

**Fliegende Freireisende.** Die kreihenden Freireisenden in Berlin haben nach Wiener Muster über 200 „fliegende“ Freireisenden eingerichtet, in denen kostenlos für die Verköstigung des Publikums gesorgt wird. In jedem Laden liegt ein Spendenbuch für freiwillige Gaben auf, die in die Zeitschrift abgeführt werden sollen.

**Farbendiebstahl.** In der Bad. Anilin- und Sodafabrik in Ludwigschafen sind große Mengen von Anilinfarben von bedeutendem Wert gestohlen und durch Diebher verschoben worden. Die jetzt sind 7 Arbeiter verhaftet. In München wurden 8 Hehler festgenommen und 6 Zentner Farbstoffe beschlagnahmt.

**Warum sind Edelsteine so wertvoll?** Warum ist ein Edelstein wertvoller, als der andere? Warum bezahlt man für einen Smaragd das 10-fache mehr als für einen Chrysoliten, und warum werden Rubinen so viel höher geschätzt als Granaten? Mit diesen Fragen beschäftigt sich ein Sachverständiger, Dr. W. L. Gordon, in einem Aufsatz. Früher wurden Edelsteine hauptsächlich wegen ihrer Schönheit verehrt und gekauft, schreibt er, aber Schönheit allein ist heute durchaus nicht mehr Merkmal für den Wert. Es gibt nur wenige Juwelen, die schöner sind als der so wenig geachtete Granat. Die zufällig solche Wertungen sind, geht schon daraus hervor, daß das Publikum höhere Preise bezahlt, wenn ihm Granaten als „Rubinen“ angeboten werden. Wichtiger als die Schönheit sind für die Wertung der Juwelen die Dauerhaftigkeit und die Seltenheit. Um von der ausschlaggebenden Bedeutung der Seltenheit eine Vorstellung zu verschaffen, führt Gordon an, daß der Schmelz in der Technik außerordentlich viel verwendet wird. Dieser wenig geschätzte Stein aber hat dieselbe Substanz wie Rubinen und Saphire; er ist nur voll Unreinigkeiten und Trübheiten und findet sich in großer Menge, während die beiden anderen Steinarten sich durch Leuchtbarkeit und Reinheit auszeichnen und sehr selten sind. Ebenfalls ist der gewöhnliche Verall nicht sehr teuer, aber ganz klare Stücke, die wenig vorkommen, werden sehr hoch bezahlt. Blasser Verall ist als Aquamarin gesucht, und der grüne Verall ist als Smaragd der am höchsten bezahlte aller Edelsteine.

Das diesjährige Nobelifest soll besonders feierlich am 1. Juni abgehalten werden. Alle Preisträger seit 1918 sind dazu eingeladen worden.

Schwedische Studenten für ihre deutschen Komilitonen. Der Verein christlicher Studenten in Schweden und die Vertretung der Studenten in Upsala haben einen Aufruf erlassen, um deutschen Studenten in diesem Sommer Erholungsurlaub in Schweden zu gewähren. Die Dauer dieses Ferienaufenthalts ist auf drei Monate im Einzelfall gedacht. Die Kosten werden zum Teil durch Kirchenkollekten aufgebracht werden.

Landrat und Barbier. Wie die Wälder berichten, ist zum Landrat des Kreises Bitterfeld ein Barbier ernannt worden; er gedenkt aber seinen Barbierladen neben dem Landratsamt fortzuführen.

Das amerikanische Kapital. Die U.S. (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft) in Berlin hat ihr Aktienkapital von 75 auf 300 Millionen Mark erhöht zum Teil infolge Anglegerung der Felten- und Gullkaunt U.S. Das amerikanische Kapital ist dabei mit 25 Millionen Mark (etwa 1/2 Million Dollar) beteiligt.

Streik von Gerichtsbeamten. Laut „Lohalkorrespondenz“ haben die Gerichtsbeamten Oesterreichs die Arbeits einstellen beschlossen.

Die Zeit der Diebe. Der österreichische Staatssekretär für das Ernährungswesen erklärte in der Nationalversammlung, der Schleichhandel habe in Oesterreich einen unerhörten Umfang angenommen. Im letzten Jahre seien aus Eisenbahnabteilungen allein etwa 120 000 Zentner Zucker gestohlen worden, wobei der Schleichhandel über 60 Millionen Kronen „verdient“ habe.

Disziplinierung. In Valenciennes (Nordfrankreich) wurden am 15. Mai 4 Personen hingerichtet, die den Deutschen während der Besetzung den Aufenthalt von französischen Soldaten (Spionagen?), die sich dort verdeckt hielten, verraten haben sollen.

Schiffsumsturz. Bei Hoagio (Indien) ist ein Dampfer mit 23 indischen Reisenden an Bord gesunken. Man vermutet daß viele Personen ertrunken sind.

Eingehendes Parteiblatt. Es verläutet, daß ein Parteiblatt in Stuttgart in nächster Zeit sein Erscheinen einstellen werde.  
**Denkschrift.** In unserem Wochenbericht über die Produktendürse ist als Haderpreis zu lesen: 140 Mark der Zentner.  
**Furchtbare Explosion.** Im ehemaligen Gefangenenlager von Aubigny bei Le Mans in Frankreich ist ein Schuppen, in dem 400 000 Kg. Pulver gelagert waren, abgebrannt. Es wurde schwerer Schaden angerichtet. Wie durch ein Wunder konnten weitere Schuppen, in denen 5 Millionen Kg. Pulver sich befanden gerettet werden.

**Wie die Alten jungen...** In der Stadt Pölnitz in Pommern war ein Karussell aufgebaut, das sich natürlich eines lebhaften Besuchs seitens der Jugend zu erfreuen hatte. Halbwildliche Burschen versuchten, das bereits in Bewegung gesetzte Karussell noch mit Gewalt zu erlöschern und rissen hierbei einen „Gefanten“ los, der in die Zuschauermenge geschleudert wurde. Es wurden mehrere Kinder verletzt, ein 13-jähriges Mädchen trug einen schweren Unterschenkelbruch davon. Infolge dieses Vorgangs wurde das Karussell polizeilich gesperrt. Am nächsten Abend demonstrierte ein Zug von etwa 150 Kindern in den Straßen und verlangte vor dem Hause des Bürgermeisters die Freigabe des Karussells!!

**Schießverbot.** Im Schloß Wärschendorf des Fürsten Leopold zu Lippe (Kreis Lempsin) wurden durch Einbruch Silberfächer, Teppiche, Wäsche u. a. im Wert von über 100 000 Mark gestohlen. Als Täter wurden 5 Berliner Verbrecher, darunter ein Reichsmehrheitler, verhaftet. Von dem gestohlenen Gut ist bis jetzt nur ein kleiner Teil beschlagnahmt.

**Flugpost.** Der argentinische Hauptmann Antonio Porobi hat die Anden in 3 1/2 Stunden zweimal überflogen.

**Tanzturnier.** Die Stadt Kurverwaltung in Baden-Baden veranstaltet am 27. und 28. Mai ein Tanzturnier, zu dem Berufs- und Amateure aller Länder zugelassen werden.

**Einmalige Sportausrüstung** soll noch im Lauf dieses Monats, wie das Reichswehrministerium mitteilt, allen Truppenteilen für jeden Mann zugewiesen werden. Die Kosten betragen für das 100 000-Mann-Heer 22 Millionen Mk. In Berlin wurde die neue Hochschule für Leibesübungen eröffnet.

## Letzte Nachrichten.

**WTB. Mailand, 17. Mai.** Nach dem „Secolo“ ist Bonomi der Ansicht, daß infolge des Verhaltens der Katholiken die gegenwärtige parlamentarische Lage so ungünstig ist, daß keine Regierung mit der nötigen Ruhe weitgehende Reformen vorbereiten könne, da sie fortwährend durch die stärkste Parlamentsgruppe mit einem Angriff bedroht werde. Das gleiche Blatt sagt, daß der König Nitti beauftragt habe, das neue Kabinett zu bilden und die öffentliche Meinung glaube, daß er bis zum nächsten Herbst eine Regierung konstituieren könne, worauf man dann die allgemeinen Neuwahlen für unumgänglich halte.

**WTB. Swinemünde, 17. Mai.** Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der erste Heimkehrertransport mit 400 Reichsdeutschen und 260 österr.-ungarischen Kriegs- und Zivilgefangenen aus Sowjetrußland ist Sonntag nachmittag über Narwa wohlbehalten in Swinemünde eingetroffen.

**WTB. London, 17. Mai. (Kont.)** Der Times wird aus Teheran vom 12. Mai von zuverlässiger Seite berichtet, daß General Pascha in Baku eingetroffen sei und die persische Regierung benachrichtigt habe, daß die auswärtigen Missionen in Baku mit Ausnahme der persischen interniert worden seien.

**WTB. Paris, 17. Mai.** Ministerpräsident Millerand hat dem Vertreter des „Matin“ gestern nach Schluß der Konferenz von Gdych gesagt, man sei übereingekommen, daß Deutschland nur nach Spanien kommen solle, um Ausflüchtlinge zu geben, namentlich über die Nichtausführung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrags. Dem Vertreter des „Journal“ sagte Millerand, man wolle für die deutsche Entschädigung eine feste Summe festlegen, damit die ehemaligen Feinde die Schwere ihrer Lasten erkennen und um sie zu einer baldigen Tilgung zu ermutigen. Der festgesetzte Betrag aber werde nur ein Minimum sein, unter das man nicht heruntersinken werde. Die Tür aber bleibe für Erhöhungen offen. Wenn sich die wirt-

schaftliche Lage Deutschlands in besonderer Maße verbessere, dann sei es nur gerecht, daß auch die Alliierten einen Anteil an diesem Nutzen hätten.

**WTB. Paris, 17. Mai.** Ghabas meldet aus Mainz: Die Räumung des am 6. April besetzten Brückenkopfes wurde heute Morgen 9.30 Uhr beendet. Die Abfahrt der Truppen vollzog sich in größter Ruhe und ohne Schwierigkeiten. Der Bürgermeister hielt darauf, dem Kommandanten für die guten Beziehungen zu danken, die er mit den Besatzungstruppen unterhalten hat. Auch die Räumung von Frankfurt vollzog sich ohne Zwischenfall. General Bidalon, der Kommandant der dortigen Besatzungstruppen, verabschiedete sich vor dem Verlassen der Stadt von den deutschen Zivilbehörden und erklärte ihnen, daß er Wert darauf lege, der ruhigen Haltung, welche die Bevölkerung bis zuletzt an den Tag setzte, lobende Erwähnung zu tun.

**WTB. Berlin, 17. Mai.** Die belgische Gewaltschafft in den Kreisen Eupen und Malmedy nimmt immer rücksichtslosere Formen an. Vor kurzem sind die Belgier dazu übergegangen, alle Personen, die nach dem 1. August 1914 in die Kreise zugezogen sind, auszuweisen. Den Betroffenen wird nur eine Frist von wenigen Tagen belassen. Wenn sie ihr zum Karze von einer Mark gleich ein Franc umgewandeltes Geld nicht zum Tageslohn zurückzahlen, so wird ihnen ihr bewegliches Gut zurückgehalten. In der Nähe von Familien werden hierdurch in die größte Notlage gebracht. Die nachdrücklichsten Proteste Deutschlands blieben erfolglos.

### Naturnatürliches Wetter.

Aus dem Westen zieht eine neue Erhebung auf, die am Mittwoch und Donnerstag dermeiste Bewölkung, Niederschläge und Abkühlung hervorruft wird.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf. Druck und Verlag der W. Nieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

## Unsere Zeitung bestellen!

### Amtliche Bekanntmachungen.

#### Einmachzucker und Eieranlieferung.

Laut Erlass der Landesverorgungsstelle vom 14. d. Mts. darf der gegen Ende dieses Monats zu verteilende Einmachzucker nur solchen Geflügelhaltern zu gute kommen, die das auf 30. d. Mts. fällige Lieferungsfol — 41 Eier vom Guhn und 18 von der Ente — restlos erfüllt haben.

Die Geflügelhalter werden auf diese Gefahr der Vorenthaltung des Einmachzuckers bei Nichterfüllung ihres Lieferfol hingewiesen.

Die (Stadt-)Schultheißenämter bezw. Ortsamtsstellen wollen ihr besonderes Augenmerk hierauf richten und durch Aufklärung und Ermahnung die Geflügelhalter vor Schaden bewahren.

Ragold, den 17. Mai 1920. Oberamt: Märg.

### Landwirtschaftl. Bezirksverein Calw.

Am nächsten **Mittwoch, 19. Mai**, vormittags 9<sup>1/2</sup> Uhr findet im **Gustav Siegle-Haus** in **Stuttgart**

eine **außerordentliche Mitglieder-Versammlung** des **Landwirtschaftlichen Hauptverbands**

statt, mit folgender Tagesordnung:

1. Zwangswirtschaft.
2. Landwirtschaftliches Wochenblatt.
3. Protest gegen eine politische Entrechtung des Bauernstandes.
4. Stellungnahme zu einem Antrag der Handwerkskammer Ulm zur gewerblichen Arbeitszeit.
5. Sonstiges.

Bei der Wichtigkeit der Tagung ist zahlreiches Erscheinen dringend erwünscht.

namentlich sollten sämtliche Ortsvereine durch ihre Obmänner oder deren Stellvertreter vertreten sein.

Calw, den 14. Mai 1920.

Der Vereinsvorstand:

W. Dingler.

**Generalfeldmarschall  
von Hindenburg**

**Aus meinem Leben**

Preis **Mk. 40.—** und **Teuerungszuschlag**

Zu haben in der

**W. Nieker'schen Buchhandlung**  
Altensteig.

Empfehle meine  
vorzüglichen

**Flaschen-  
Weine:**

Königsbacher Rotwein  
Kalkatter „  
Schweizer „  
Kürheimer „

und  
Wermuth-Wein  
zu alten Preisen

**Fritz Haig  
Altensteig**

Berlobungskarten  
und  
Hochzeitkarten

fertigt schnell und sauber die

**W. Nieker'sche Buchdr.**

**Gießkannen**

empfehle in ver-  
schiedenen Größen  
u. Ausführungen  
billigst

**Lorenz Luz jr.**  
Altensteig.

**Achtung!**

Einen neuen Bettrost  
samt Bettlade

1<sup>1/2</sup> schläfrig, hat im Auf-  
trag billig zu verkaufen

Kauf z. „Hirsch“.

Altensteig.

**Blenle's gestricke Knabenanzüge**

empfehle

**F. Bäßler, Kleiderlager.**

Reines

**Eigelb**

vom Kommunalverband  
empfehle

**Schwarzwald Drogerie**  
+ Altensteig +  
Telefon 41.

Ende für sofort oder  
1. Juni ein braues, ehliches

**Mädchen**

bei gutem Lohn, Gelegenheit  
zur Erlernung des Kochens.

Fran Regierungsrat Thuma  
Calw.

Heberberg.  
Eine weiße, hornlose

**Ziege**  
samt Jungen

verkauft

Mohrhard, Bäcker.

Nur Apotheker Brunners

**Tabakbeize**

verleiht selbstgebaut.  
Tabak sowie jed. Ges.  
ist. Aroma u. Wohl-  
geschmack. Zu haben  
H. W. Guterkunst,  
Schwarzw.-Drogerie

Gestorbene:

Ragold: Lina Kappler, geb.  
Raiser, 72 J.

Unterschwandorf: Friedrich  
Kapp, Böwenwirt, Schult-  
heizenamts-Berweser von  
1914—1920, 56<sup>1/2</sup> J.

Altensteig.

**Gießkannen**

Backschüsseln  
Melkeimer

— gute selbstgemachte Ware —

empfehle

**Heinrich Müller, Flaschnermeister**  
gegenüber dem 3. König.

Altensteig.

**Strohüte**

für Herren und Knaben

empfehle in schöner Auswahl

**Karl Walz, Hut- u. Mützengeschäft.**

Reh- und Ritzfelle

kauft zum höchsten Tagespreis Der Obige.

**Pfingstkarten**

empfehle die

**W. Nieker'sche Buchhandlung**  
Altensteig.